LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16213**

28.10.2025

Antrag

der Fraktion der AfD

Tradition und Heimat schützen – Das Land muss die Durchführung von St.-Martins-Umzügen sicherstellen und darf die Verantwortung nicht auf das Ehrenamt abwälzen

I. Ausgangslage

Martin von Tours (316/317–397) ist ein Heiliger der frühen Kirche, der erste, der diese Ehrung nicht durch ein Martyrium zugesprochen bekam. Er war der Sohn eines römischen Militärtribuns, diente später selber als römischer Offizier in der kaiserlichen Garde, verließ jedoch den Militärdienst, um Mönch, Priester und Bischof zu werden. Er gilt bis heute als ein Musterbeispiel für ritterliche und priesterliche Tugenden. Insbesondere bekannt ist er für die Teilung seines Mantels mit einem Bedürftigen, woraufhin ihm Christ persönlich erschien und er so seine Berufung zum Dienst am Herrn erkannte.

St.-Martins-Umzüge sind eine alte und beliebte Tradition in ganz Deutschland, mit der an den Heiligen Martin und seine Wohltätigkeit erinnert wird. Tausende Ehrenamtler im Land stellen jedes Jahr hunderte Umzüge auf die Beine, organisieren die Strecken, gestalten das Programm, engagieren sich in den Vereinen. Musikkapellen proben das gesamte Jahr für diese Zeit. Für unzählige Kinder in Kindergärten und Grundschulen ist dies der Höhepunkt des Herbstes, an dem sie ihre sorgfältig gebastelten Laternen endlich der Welt präsentieren dürfen.

Dieses Jahr wurden bereits mehrere St.-Martins-Umzüge auf Grund erhöhter Sicherheitsauflagen und der damit verbundenen Kosten für die Veranstalter abgesagt, so zum Beispiel in Brühl.[1] In Leverkusen, wo bisher bis zu 160 Umzüge pro Jahr unterwegs waren, darf es nun nur noch einen pro Stadtteil geben.[2] So müssen Veranstaltungen immer komplexere Sicherheitskonzepte vorweisen, deutlich mehr Personal nachweisen, die Route gegen Einfahren sichern und viele weitere Auflagen erfüllen.

Begründung: eine deutlich erhöhte Gefahr von terroristischen Anschlägen. Hiermit gemeint ist der eingewanderte, islamistische Terrorismus, der insbesondere christliche Feste als Ziel hat. So sind auch Weihnachtsmärkte in ihrer Existenz bedroht.[3]

---

[1] https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/bruehl/bruehl-drei-martinszuege-werden-aus-sicherheitsgruenden-abgesagt-1110314
[2] https://www.bild.de/regional/nordrhein-westfalen/aus-angst-vor-anschlaegen-stadt-streicht-martinsumzuege-68c1541072409e1be0446cd0
[3] https://www.bild.de/politik/inland/dresden-kosten-explodieren-terrorschutz-ruiniert-weihnachtsmaerkte-68dce57bacd2ac3541a0c3d2

Datum des Originals: 28.10.2025/Ausgegeben: 03.11.2025

Dies ist von meist kleinen gemeinnützigen Vereinen oder Kirchengemeinden, welche hauptsächlich von Ehrenamtlern getragen werden, nicht zu stemmen. Land und Kommunen wälzen die Verantwortung auf die Zivilgesellschaft ab. Die Folge: eine Tradition mehr, die durch die gescheiterte Sicherheits- und Migrationspolitik aus unserem Land verschwindet. Der Islamismus siegt so Schritt für Schritt, indem unsere heimischen christlichen Traditionen nicht mehr frei gelebt werden können.

Während Heimatministerin Scharrenbach durchs Land reist und Heimat-Schecks an mal mehr, mal weniger förderwürdigen Projekte verteilt, Innenminister Reul sich unter massiven Personenschutz und mit medialer Begleitung bei der Jagd nach unversteuertem Tabak als Hardliner feiern lässt, verlieren wir jeden Tag ein Stück Heimat in unserem Land.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Die St.-Martins-Züge sind eine wichtige, schöne und vor allem schützenswerte Tradition.
2. Die Sicherheit der Bevölkerung ist eine der Kernaufgaben eines jeden Staates.
3. Die aktuelle Gefahrenlage ist auf die verfehlte Sicherheits- und Migrationspolitik der letzten Bundes- und Landesregierungen zurückzuführen.
4. Deren Folgen dürfen nicht zur Last für Ehrenamt und Tradition werden.
5. Die Haushalte der Kommunen sind bereits deutlich angespannt. Es dürfen keine neuen Belastungen durch erhöhte Sicherheitskosten für öffentliche Veranstaltungen hinzukommen.
6. Ebenso dürfen die Kosten nicht auf die ehrenamtlichen Veranstalter abgewälzt und so Umzüge verhindert werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich für den Erhalt lokaler Traditionen, insbesondere von St.-Martins-Umzügen einzusetzen;
2. die Sicherheit im Land wiederherzustellen und eine effektive Bekämpfung extremistischer Gruppierungen anzustrengen;
3. die Sicherheit und Durchführbarkeit von St. Martins-Zügen sicherzustellen und die Verantwortung hierfür nicht auf die ehrenamtlichen Veranstalter abzuwälzen;
4. schon jetzt auch Konzepte für die Sicherheit von weiteren deutschen und christlichen Traditionen wie Weihnachtsmärkten, Neujahrsfeuern und ähnlichem aufzustellen.

Sven W. Tritschler
Markus Wagner
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion